

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/4129 –**

Jahresbericht 2000 der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit

A. Problem

Auch nach 10 Jahren Deutscher Einheit ist trotz erheblicher Fortschritte bei der Überwindung der Teilung Deutschlands ein ausgewogenes Verhältnis in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereichen noch nicht erreicht. Die neuen Länder bedürfen noch immer der solidarischen Unterstützung der gesamten Bundesrepublik Deutschland, um die noch vorhandenen strukturellen Defizite zu überwinden. Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Mai 1996 wurde die Bundesregierung aufgefordert, in einem Bericht Rechenschaft über ihre Politik zur Angleichung der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Lebensbedingungen der Menschen im vereinten Deutschland abzugeben. Der Deutsche Bundestag hat am 19. Mai 2000 die Bundesregierung aufgefordert, die Berichterstattung zum Stand der Deutschen Einheit auf der Basis des Berichtes des Jahres 1999 bis zum Jahr 2004 jährlich zu aktualisieren. Der Bericht soll den erreichten Stand der Entwicklung der Deutschen Einheit sowie das politische Konzept der Bundesregierung für die neuen Bundesländer enthalten und jeweils anlässlich des Jahrestages der deutschen Vereinigung im Herbst eines jeden Jahres vorgelegt werden.

B. Lösung

Kenntnisnahme der Unterrichtung zum Jahresbericht 2000 zum Stand der Deutschen Einheit.

Annahme einer EntschlieÙung.

Einstimmigkeit im Ausschuss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit – Drucksache 14/4129 – folgende EntschlieÙung anzunehmen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den folgenden Berichten das „Gender-mainstreaming“-Konzept zu berücksichtigen und dabei insbesondere alle Bereiche geschlechtsspezifisch in nach Männern und Frauen getrennt erhobenen Daten und entsprechenden Statistiken darzustellen.

Berlin, den 8. November 2000

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Dr. Paul Krüger
Vorsitzender

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatter

Günter Nooke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Mathias Schubert und Günter Nooke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Bundestagsdrucksache 14/4129 – in seiner 122. Sitzung am 29. September 2000 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und einvernehmlich deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen. Der nachfolgend abgedruckte Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss wurde einstimmig angenommen:

Der Ausschuss möge folgendes Mitberatungsvotum an den federführenden Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder beschließen:

Der federführende Ausschuss wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, den Gesichtspunkt des „Gender-mainstreaming“-Konzeptes im nächsten Jahresbericht zur Deutschen Einheit in allen Berichtsbereichen zu berücksichtigen. Das Bundeskabinett hat in seinem Beschluss vom 23. Juni 1999 die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung anerkannt. Sie soll als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen gefördert werden. Auch im Jahresbericht zur Deutschen Einheit sollte dies deutlich erkennbar werden.

Daher sollte folgende Forderung eingebracht werden:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den nächsten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit geschlechtsspezifisch in allen Bereichen darzustellen (so auch nach Männern und Frauen getrennt erhobenen Daten und entsprechende Statistiken).

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und einstimmig deren Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und deren Kenntnisnahme empfohlen. Der nachfolgend abgedruckte Antrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, F.D.P. und PDS bei Punkt 1 und gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der PDS-Fraktion bei Punkt 2 abgelehnt:

Der Ausschuss wolle gegenüber dem federführenden Ausschuss wie folgt Stellung nehmen:

1. Die Unterrichtung der Bundesregierung erweckt in Ziffer 5.1 – Altschuldenregelung – den unzulässigen Eindruck, dass mit der zum 1. September in Kraft getretenen Novelle zum Altschuldenhilfegesetz bereits eine Entlastung von Altschulden für abzureißende Wohnungen enthalten sei. Tatsächlich enthält diese Novelle – entgegen weitgehender Vorschläge aus dem Deutschen Bundestag – lediglich eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung unter Einschränkung einer Entlastung von existenzgefährdeten Wohnungsunternehmen. Der Ausschuss bedauert, dass das für den VO-Erlass zuständige Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen trotz des erheblichen Zeitdrucks rascher und effizienter Hilfen für die ostdeutschen Wohnungsunternehmen seit der parlamentarischen Beschlussfassung über die Novelle im Juni noch nicht in der Lage war, den Verordnungsentwurf innerhalb der Bundes-

regierung abzustimmen und den Ausschuss über das geplante Konzept zu unterrichten.

2. Der Ausschuss weist mit Entschiedenheit den in Ziffer 5.5 – Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel“ – unternommenen Versuch der Bundesregierung zurück, dem Eigenheimneubau eine prioritäre Schuld für die Leerstände in den neuen Ländern zuzuweisen. Die Ursachen für die Wohnungsüberangebote sind vielmehr vielfältiger Natur und liegen vor allem in der Bevölkerungsentwicklung und in der wirtschaftlichen Strukturschwäche begründet. Von dem im Zeitraum 1993 bis 1999 fertiggestellten 640 000 neuen Wohnungen entfielen auf den Einfamilienhausbau rund 225 000 Wohnungen. Zu einer Wohnungspolitik, die den Nachholbedarf der ostdeutschen Bürger bei der Wohneigentumsbildung aus gesellschafts-, wohnungs- und vermögenspolitischen Gründen wie auch die ostdeutsche Bauwirtschaft unterstützte, gab und gibt es keine Alternativen. Einseitige Schuldzuweisungen geben zu Befürchtungen Anlass, den Stellenwert der Eigenheim- und Bausparförderung abbauen zu wollen. Entsprechende Befürchtungen könnten bekannt gewordenen Zwischenergebnisse über die von der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel“ zu erwartenden Vorschläge nähren.
3. Die Unterrichtung der Bundesregierung wurde im Übrigen zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und Kenntnisnahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2000 die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 14/4129 beraten und einvernehmlich Kenntnisnahme empfohlen.

III. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung stellt mit dem Jahresbericht 2000 zum Stand der Deutschen Einheit ihre aktuelle Sicht auf die Entwicklung der neuen Bundesländer dar. Sie macht deutlich, dass es zwar Anzeichen des Wirtschaftswachstums und erste erfreuliche Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt gebe, die neuen Länder aber insgesamt weiterhin auf solidarische Unterstützung der gesamten Bundesrepublik Deutschland angewiesen sei. Die Bundesregierung betont, dass besonderes Gewicht auch in Zukunft auf die Verbreiterung der industriellen Basis, der Förderung des Mittelstandes und der Verbesserung der Innovations- und Wettbewerbskraft der ostdeutschen Wirtschaft gelegt werden soll. Bei der Berichterstattung habe sie sich auf eine konzentrierte Darstellung der wesentlichen Politikbereiche und von ihr ergriffene politische Maßnahmen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands zugute kommen, beschränkt.

IV. Ausschussberatung

Der federführende **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Unterrichtung auf Bundestagsdruck-

sache 14/4129 in seiner 49. Sitzung am 8. November 2000 beraten.

Der Ausschuss hat einvernehmlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag Kenntnisnahme der Unterrichtung zu empfehlen und die Entschließung anzunehmen, die Bundesregierung aufzufordern, bei den Berichten der folgenden Jahre das „Gender-mainstreaming“-Konzept zu berücksichtigen mit der Maßgabe, alle Bereiche geschlechtsspezifisch in nach Männern und Frauen getrennt erhobenen Daten und entsprechenden Statistiken darzustellen.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD führten aus, dass der Jahresbericht 2000 die Situation in Ostdeutschland ungeschminkt schildere. So zeige der Bericht zum einen die nach wie vor vorhandenen Probleme auf, dokumentiere zum anderen aber auch positive Entwicklungstendenzen, so dass Stagnation mittelfristig überwunden werden könne. Ein Vergleich der Arbeitslosenzahlen aus dem Bericht mit aktuellen Zahlen belege, dass sich ein Trend regionaler Konsolidierung abzeichne. Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen richteten an die Bundesregierung die Bitte, in den folgenden Berichten die regionalen Entwicklungen stärker ausdifferenzierend darzustellen.

Der Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lobte insbesondere die konzentrierte Form des Berichts. Allerdings stimme ihm die aus einigen Umfrageergebnissen zu entnehmende Erwartungshaltung der Menschen in den neuen Ländern nachdenklich. Augenscheinlich werde die gegenwärtige Situation nicht an dem Zustand vor der Wende gespiegelt, sondern unzulässigerweise mit dem Stand in den alten Bundesländern verglichen.

Die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU kritisierten bei grundsätzlicher Zustimmung einzelne Aussagen in dem Bericht. Sie bemängelten insbesondere das Fehlen detaillierter Informationen zum Standpunkt der Bundesregierung in Bezug auf die Entwicklung des Baugewerbes. Sie baten ferner um eine Erläuterung, welche eventuell neuen Berechnungsmethoden für die Bewertung der Erwerbstätigenzahlen und -quoten herangezogen wurden, denn man habe ein Wachsen der Differenz der Erwerbstätigenquote zwischen den neuen und den alten Bundesländern zur Kenntnis nehmen müssen, was anhand der Darstellungen im Bericht und im Vergleich mit den Werten der vorangegangenen Jahre nicht eindeutig nachvollziehbar sei.

Der Faktor Arbeitsproduktivität sollte nach ihrer Ansicht zukünftig intensiver behandelt werden, in Verbindung mit

einer Analyse der Ursachen der Arbeitsproduktivitätslücke zwischen Ost und West. Sie ersuchten ferner darum, die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, einschließlich der Bevölkerungswanderung zwischen den alten und den neuen Bundesländern und sich daraus ergebender struktureller Veränderungen, sowie genauere Informationen zum Wohnungsleerstand Ost in den Bericht einzuarbeiten.

Sie mahnten zudem eine Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplanes an mit Blick auf den Solidarpakt 2 und den Länderfinanzausgleich. Dazu solle die Bundesregierung Informationen erteilen, wie sich die Finanzströme darstellten und aus welchen Programmen die Mittel entnommen worden seien.

Ganz besonders vermissten die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion aussagekräftige Angaben zum Rechtsextremismus, auch und gerade im Vergleich zwischen alten und neuen Ländern.

Der Vertreter der Fraktion der F.D.P. folgte den Ausführungen der CDU/CSU-Fraktion und forderte darüber hinaus, nähere Informationen über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Ost und der Arbeitsgruppe Bündnis für Arbeit in den Bericht einzuarbeiten.

Der Vertreter der Fraktion der PDS bezeichnete den Bericht als sehr umfassend und detailliert, aber widersprüchlich. Insbesondere vermisse er eine Art Fahrplan der Bundesregierung für die Angleichung der Lebensverhältnisse.

Der Vertreter der Bundesregierung führte aus, bei diesem Bericht habe man mit Blick auf 10 Jahre staatliche Einheit zwei Dinge verknüpfen wollen. Auf der einen Seite stelle der Bericht die Sicht der Bundesregierung auf die aktuelle Entwicklung in den neuen Ländern dar und zum anderen enthalte er einen Überblick der gesamten Politikbreite. In Beantwortung einiger aufgeworfener Fragen durch die Mitglieder des Ausschusses sagte er am Ende der Beratung zu, dass der nächste Bericht ergänzende Angaben zur Migrationsbewegung/Bevölkerungsentwicklung, den Ursachen für die Arbeitsproduktivitätsrückstände, den Wohnungsleerstand und die methodischen Ansätze, die zu der Veränderung der Erwerbstätigenquoten führten, enthalten werde. Er werde zudem anregen, in dem Bericht eine detailliertere Darstellung der regionalen Entwicklungen einzuarbeiten. Er bekräftigte, dass es weiterhin Zielvorgabe der Bundesregierung sei, die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen.

Berlin, den 8. November 2000

Dr. Mathias Schubert
Berichterstatler

Günter Nooke
Berichterstatler